Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
(Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 66. Halle a. d. Saale, Freitag, den 9. Februar **1900.**

Deutsches Reich.

Der Ausbau der Unfallversicherungsgesetze.

Bei der ersten Berathung der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen sprachen sich die Vorredner fast aller Parteien im wesentlichen die Beschlüsse der 17. Kommission vom Jahre 1897, welche die damalige Vorlage berathen hatte, zu eigen gemacht. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs v. Posadowsky am 11. Dezember 1897, auf die Abg. Rösicke, der ehemalige Vorsitzende der Kommission, in seiner Rede mit Recht hinwies, hätte man das Gegentheil erwarten können. Denn nicht nur die Großindustrie, vertreten durch den „Centralverband deutscher Industrieller" und eine Anzahl Berufsgenossenschaften, sondern auch die konservativen Parteien unter der Führung des Frhrn. v. Posadowsky Veranlassung gegeben, vorläufig von der Wiedereinbringung der durch die Kommission abgeänderten Vorlage abzusehen. Insbesondere waren es die örtlichen Schiedsgerichte und die Beschränkung der Karenzzeit, die zu einer Art von Entrüstungssturm Anlaß gaben. Während erstere nunmehr noch Verlauf von kaum drei Jahren fast ohne Widerspruch als eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse anerkannt werden, hat Abg. Rösicke auf Grund seiner Kenntniß der Verhältnisse nachgewiesen, daß der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene § 5a, der die bekannte „Lücke" zwischen Unfall- und Krankenversicherung ausfüllen soll, in seiner Wirkung unterschätzt und einen so starken Eingriff in die 13wöchige Karenzzeit herbeiführen werde, daß die Aufrechterhaltung der letzteren im bisherigen Umfange nur noch als eine Prinzipienfrage angesehen werden kann. Unter der Heiterkeit des Hauses hob Abg. Trimborn, der den Bericht über die 1897er Verhandlungen verfaßt hatte, im Beginn seiner Rede hervor, daß die Berücksichtigung der Kommissionsbeschlüsse „für die Weisheit der verbündeten Regierungen, aber nicht minder auch für die Weisheit der 1897er Kommission" spreche. Gewiß hat Herr Trimborn recht, aber noch weiser wäre es gewesen, wenn die verbündeten Regierungen schon im Jahre 1897 die Kommissionsbeschlüsse angenommen hätten. Für diese wären damals auch die Sozialdemokraten zu haben gewesen, die im Gegensatz zu den übrigen Parteien den Inhalt der jetzigen Vorlage durch den Abg. Stadthagen als „ein paar Lappen", als ein „Trinkgeld" bezeichnen ließen, das selbst ein Bettler zurückweisen würde. Auch die Berufsgenossenschaften, nicht minder der Centralverband deutscher Industrieller, hätten klug gethan, sich mit den damaligen Kommissionsbeschlüssen einverstanden zu erklären; denn daß aus den diesmaligen Berathungen keine geringere, sondern eher eine noch höhere Belastung der Betriebsunternehmer hervorgehen wird, kann schon heute einem Zweifel kaum unterliegen.

Zur Berathung der Unfallversicherungsnovelle treten die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands auf Einladung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg am 15. d. in Berlin zusammen. Auf der Konferenz wird u. a. der Versuch angeregt werden, daß für den Begriff: „Arbeiter" eine untere Altersgrenze mit dem vollendeten 7. Lebensjahre festgesetzt und ferner bestimmt werde, daß schulpflichtige, von einem landwirthschaftlichen Betriebsunfall betroffene Kinder wohl Anspruch auf die Erstattung der Kosten des Heilverfahrens, nicht aber auch auf den Bezug einer Rente haben; ein solcher soll ihnen vielmehr erst für die Zeit nach der Schulentlassung für den dann noch vorhandenen Grad der Erwerbsunfähigkeit zustehen. Und ferner soll die Aufnahme einer Bestimmung erörtert werden, der zufolge Renten von zwanzig und weniger Prozent überhaupt nicht mehr gewährt werden sollen.

Parteinachrichten.

* Ueber ein Fiasko des Bundes der Landwirthe in der Pfalz werden allerlei interessante Dinge berichtet. Der Reichstagsabgeordnete Fitz-Edesheim, ein nationalliberaler Bündler, gehörte zu denen, die selbst dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum ertheilten, worauf der Bündler Lucke-Petershausen ihnen ihre damit drohte, dieses Votum werde seine „Folgen" haben. Da Fitz im Bezirksreise Homburg-Kusel gewählt ist, fand am Sonntag in Landstuhl bei Kaiserslautern eine Bauern-Versammlung statt, in der Abg. Fitz sich rechtfertigen wollte. Auch Dr. Hahn aus Berlin war erschienen und mit ihm der Zeitungsverleger Trentler aus Neustadt, der vom Bunde zu einem Beamten in pfälzischen Bündlerkreisen gemacht worden ist. Die Absicht war, Fitz vor seinen Wählern zu diskreditiren und ihn aus dem Bunde herauszutreiben. Fitz aber, der die Pläne seiner bisherigen Freunde kannte, nahm sich dabei kein Blatt vor den Mund. Er habe Vertrauen zum „Bunde der Landwirthe" gehabt, habe geglaubt, er stände über den Parteien, aber in Berlin habe er Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt, der Bund sei eben konservativ; er sprach weiter von „bezahlten Bundesbeamten", die oft das Wort ergreifen rc. Dr. Hahn suchte Fitz ins Unrecht zu setzen, aber ohne Erfolg, und als darauf ein nationalliberaler Rechtsanwalt aus Zweibrücken ausrief: „Wir wollen einen liberalen Bauernbund, laßt uns die lieben Luckes draußen, Fitz ist aus der Pfalz, wir brauchen niemanden von auswärts," nahmen die Bauern das von diesem Rechtsanwalt beantragte Vertrauensvotum für Fitz an. Als darauf der Bundesbeamte Trentler Lucke in Schutz nahm, ließ man ihn einfach nicht weiter reden. Als die Versammlung wieder etwas ruhiger geworden, erhielt Fitz zum zweiten male ein Vertrauensvotum und Dr. Hahn zog betrübten Sinnes ab. Dieses Vertrauensvotum bedeutet beinahe so viel wie eine Bankerotterklärung des Bundes der Landwirthe in der Pfalz. Es beweist, daß die Bündler gar nicht in die Pfalz eingedrungen wären, wenn die Nationalliberalen rechtzeitig ihre Schuldigkeit gethan und nicht so zaghaft gewesen wären. — Der Verlauf der Landstuhler Bauern-Versammlung zeigt in drastischer Weise, was hinter der Renommisterei des Bundes mit vielen Tausenden von Bauern, die hinter ihm stehen, steckt.

Schule und Kirche.

B. Unter der Spitzmarke „Ein Beitrag zur Schularztfrage" giebt Dr. med. R. Lohnstein-Berlin in der „Deutschen medizin. Wochenschrift" folgende kaum glaubliche Mittheilung: „Am 25. Oktober v. J. erschien in der Poliklinik für Augenkranke des Vereins für häusliche Gesundheitspflege ein 11jähriger Knabe mit der Angabe, er habe bis zum Herbst eine Gemeindeschule besucht; seit Beginn des Winterhalbjahres besuche er auf Veranlassung des Rektors die Blindenschule, weil er nach Ansicht des Schulrektors zu schlecht sehe, um dem gewöhnlichen Unterrichte folgen zu können. Er sprach den Wunsch aus, wieder in die Gemeindeschule aufgenommen zu werden, und bat die Aerzte, ihm dabei behilflich zu sein. Die Untersuchung des Knaben ergab, daß er vor einigen Jahren wegen doppelseitigen angeborenen Schieferstaars operirt worden ist. Der Eingriff war von Erfolg. Der Knabe ist z. B. imstande, mit richtig ausgewählten Konvexgläsern seine Druckschrift ziemlich fließend zu lesen. Entsprechend dem Ergebnisse der Prüfung wurde dem Knaben ein Zeugniß ausgestellt, damit seine sofort-e Entfernung aus der Blindenschule und seine Wiedereinschulung in die Volksschule bewirkt werde. Der Versuch gelang aber nicht, Wie Dr. Lohnstein ermittelte, besuchte der Knabe noch Mitte November die Blindenschule." Dr. Lohnstein knüpft an seine Darlegungen die folgenden Bemerkungen: „Das ärztliche Gutachten wurde also nicht für genügend befunden, um die sofortige Entlassung eines sehenden Knaben aus der Blindenschule zu bewirken, wo er zum Schaden seiner ohnehin schon beeinträchtigten Entwicklung sich mit der Erlernung der Blindenschrift abquälen muß. Es ist unter den heutigen schularztlosen Verhältnissen in Berlin möglich: 1. daß ein sehender Knabe auf Anordnung eines Schulrektors ohne vorhergegangene ärztliche Untersuchung einer Blindenschule überwiesen wird; 2. daß man ihn in der Blindenschule ohne ärztliche Begutachtung sofort zum Unterricht zuläßt und seine Entlassung aus der Blindenschule erst nach Beschreiten eines langwierigen Instanzenweges gewiesen kann."

* Der Kirchenvorstand von St. Marien in Osnabrück, der Kirche des amtsentsetzten Pastors Weingart, hatte die theologische Fakultät in Göttingen um ein wissenschaftliches Gutachten über den Fall Weingart ersucht. Die Fakultät hat das Ersuchen jetzt abgelehnt. Und warum?

Verwaltung und Rechtspflege.

* Vom 1. April ab sollen gewöhnliche Eilbriefsendungen nach dem Orts- und Landbestellbezirke des Aufgabe-Postorts — also Orts-Eilbriefe — zulässig sein. Für die Eilbestellung sind — außer der Gebühr für die Sendung — zu erheben bei Briefsendungen nach dem Ortsbestellbezirke: 25 Pf., bei Briefsendungen nach dem Landbestellbezirke: die wirklich erwachsenden Botenkosten (auch bei der Vorausbezahlung durch den Absender), mindestens aber 25 Pf. Sind bei der Vorausbezahlung die Kosten nicht bekannt, so hat der Absender einen angemessenen Betrag bei der Aufgabe-Postanstalt zu hinterlegen.

* Die meisten Besitzer von Spezialitäten-Theatern sollen sich eines Vertragsformulars für ihre Artisten bedienen, wonach die Direktion sich das Recht vorbehält, innerhalb dreier Tage nach Antritt des Engagements den Artisten zu entlassen, „falls er der Direktion nicht genüge." Als kürzlich der Besitzer eines Magdeburger Spezialitäten-Theaters von dieser Klausel mehreren Artisten gegenüber Gebrauch machte, klagten die letzteren beim Gewerbegericht auf Zahlung der vollen Monatsgage nebst Reisevergütung in Gesammthöhe von 1650 M. Das Gericht erklärte den Vertrag für ungiltig, da nach der Gewerbeordnung die Verträge für beide Theile gleich sein müssen, und verurtheilte den Theaterdirektor nach dem Klageantrage.

* Vor kurzem waren Beschwerden darüber laut geworden, daß ein ostpreußischer Landrath Empfehlungen eines konservativen Blättchens an die Lehrer verschickt hatte oder durch die Schulinspektoren hatte verschicken lassen, und zwar unter Mißbrauch der Portofreiheit. Ein sozialdemokratisches Blatt, der „Landbote," der wohl das Verfahren des Landraths besonders scharf gekennzeichnet haben wird, war hierauf verklagt worden, aber nur mit dem Erfolg, daß das Königsberger Schöffengericht auf Freisprechung erkannte mit der Begründung, daß die Verschickung von Zeitungsempfehlungen nicht zu den dienstlichen Obliegenheiten des Landraths gehöre und daß daher mit der Portofreiheit Mißbrauch getrieben worden sei.

Arbeiterbewegung.

* Nach Mittheilungen aus Aachen ist der Ausstand im Wurmrevier beendet. Die Belegschaft aller Gruben außer etwa 100 Kranken ist angefahren. Es verlautet, nach der „Frkf. Ztg.," die Direktion wolle die Entlassenen wieder einstellen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

143. Sitzung vom 8. Februar, 1 Uhr.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Tirpitz, Graf Bülow, Frhr. v. Thielmann, v. Goßler u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Flottengesetz.

Staatssekretär **Tirpitz:** Zur Begründung der Schaffung einer stärkeren Flotte für Deutschland haben die historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre eine so deutliche Sprache geredet und so aufklärend gewirkt, daß die Nothwendigkeit der Verstärkung in allen Kreisen unseres Vaterlandes anerkannt worden ist. Die Flottengegner und Flottenfreunde unterscheiden sich bei uns nur wesentlich darin, daß die Ansichten auseinandergehen über den Umfang und das Tempo der Verstärkung und über die Form, in der sie erfolgen soll.

Die Gründe für die Verstärkung lassen sich in wenig Worte zusammenfassen. Der Abstand zwischen der maritimen Stärke unseres Landes und derjenigen einzelner fremder Länder ist so groß, daß die verbündeten Regierungen darin eine erhebliche Gefahr erblicken, und zwar ist diese Gefahr um so größer, als die wirthschaftliche Konkurrenz jener Länder nach menschlichen Ermessen in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen wird. Wenn man die Frage einer Verstärkung der Marine voll würdigen will, so muß man sich zunächst klar darüber werden, daß sich Kriegsmarinen nicht improvisiren lassen, sondern daß ihre Herstellung vieler Jahre bedarf. Es ist klar, daß sie sich am allerwenigsten improvisiren lassen in der Stunde der Gefahr, und mit dieser Thatsache muß unsere Nation rechnen. Die Herstellung einer Kriegsmarine bietet Schwierigkeiten in vielfachen Beziehungen, vor allem auch in der Materialfrage. Die Schiffe lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Dazu gehören große Werftanlagen und Hafeneinrichtungen, die eine lange sorgfältige Arbeit im Frieden nöthig machen. Wenn man daher die Frage vollständig übersehen will, so darf man nicht nur die augenblickliche Weltlage, in der das Vaterland sich zur Zeit befindet, berücksichtigen, sondern man wird auch die voraussichtliche Entwicklung zukünftiger Beziehungen ins Auge fassen müssen. — Ist man sich über die Frage der Verstärkung an sich klar, so handelt es sich weiter darum, in welcher Richtung man denn mit dieser Verstärkung vorzugehen habe. Ich habe früher schon dem Hause erklärt, daß wir nicht wissen können, gegen welchen Gegner unsere Flotte einst in den Kampf zu gehen haben wird. Der gefährlichste Kriegsfall wird für Deutschland der sein, wenn wir die Kräfte unserer Armee nicht verwenden können. Nach dem Ausbruch eines solchen Krieges nützt uns ausschließlich eine starke Schlachtflotte. Reicht die Thatsache des Bestehens einer starken Schlachtflotte nicht aus, um den Krieg zu verhindern, so würde die Schlachtflotte uns ermöglichen, die Lebensader unserer Weltwirthschaft nach den Küsten wenigstens offen zu halten. Man hat vielfach eingewandt, wir sollten die Richtung der Entwicklung unserer Flotte nicht in der Schlachtflotte suchen, sondern in der Entwicklung unserer Kreuzer-Marine. Die Herren, die dafür plaidiren, denken nicht an die geographische Lage unserer Küsten, an der Nordsee, wo sie einen Winkel bilden, und an der Ostsee, wo sie ein Binnenmeer umschließen helfen. Wenn es den Kreuzern auch wirklich gelingt, die feindlichen Linien zu passiren, so fragt es sich doch, wie werden sie sich verhalten, wenn sie auf den Ocean hinauskommen, wo das eigentliche Gebiet ihrer Thätigkeit liegt. Wie sollen sie dort die Vorräthe besetzen und wie sollen sie Kohlen an Bord nehmen? Wenn sie die Prisen besetzen wollen mit eigener Mannschaft, so werden sie bald entblößt sein und die Prisen werden voraussichtlich nie den Hafen erreichen. Kohlen an Bord zu nehmen, würde ihnen fast ganz unmöglich sein, weil wir keinen Stützpunkt besitzen. Und was geschieht während dieser Zeit mit unseren Küsten? Der Feind würde sie mit Leichtigkeit blockiren, unseren Seeverkehr abschließen und unsere Weltwirthschaft auf das schwerste schädigen können. Entwickeln wir dagegen unsere Flotte nach der Richtung der Schlachtflotte, so wird der Feind, ehe er zur Blockade oder gar direkt zum Angriff auf unsere Küsten schreitet, die Flotte erst niederkämpfen müssen, und je stärker die Flotte ist, um so schwerer und gefährlicher wird das für ihn selbst werden. Er wird vor die Frage gestellt sein, ob denn das Geschäft die Kosten, das heißt das Risiko auch wirklich werth ist, und er wird sich voraussichtlich mit uns arrangiren. Endlich ist eine Schlachtflotte der beste Schutz, den wir unserm Handel angedeihen lassen können. Man darf sich auf diesem Gebiete keinen Illusionen hingeben. Wenn wir einmal in einem Kriege sind, so würde es eine müßige Sache sein, wenn unsere Handelsschiffe draußen auf dem Weltmeere ungeschützt blieben. In dieser Hinsicht ist eine starke Schlachtflotte nicht nur das beste, sondern das einzige Schutzmittel für unseren Welthandel, das es giebt.

Ich komme nun zu der Vorlage selbst. Ihr Inhalt deckt sich mit den Erklärungen, die seitens der Regierungen in der ersten Etatsberathung abgegeben worden sind. Der Entwurf lehnt sich an das letzte Flottengesetz an. (Rufe: lauter!) Er erweitert den Sollbestand und als Konsequenz die Indienststhaltung. Von dem jetzigen Flottengesetz bleiben bestehen der Ersatzparagraph, die Grundsätze, auf denen die Personalstärke sich aufbaut, und das Verbot, im Falle die Einnahmen des Reiches nicht ausreichen, den Mehrbedarf durch den Massenverbrauch belastende Steuern zu decken. Der Schlußparagraph des alten Gesetzes in betreff der Bereitstellung der erforderlichen Mittel ist zwar gegenstandslos geworden, er hat aber aus formalen Gründen nicht gestrichen werden können, denn erstens bezieht er sich nur auf das Gesetz, nicht auf die Novelle, und zweitens enthält die Novelle keine gesetzliche Verpflichtung zur Bewilligung bestimmter Jahresraten. Ich glaube damit das Verhältniß der Novelle zu dem Gesetz ausreichend gekennzeichnet zu haben. (Lachen links.) Was die materielle Seite der Vorlage betrifft, so werden die Herren schon aus der Begründung entnommen haben, daß es sich im wesentlichen darum handelt, eine zweite Schlachtflotte neben die erste zu setzen. Die beiden Schlachtflotten sind voneinander ebenso unabhängig wie etwa zwei Armeecorps. An sich ist jede Schlachtflotte vollständig gleichmäßig gegliedert und organisirt. Bezüglich der Anzahl der Schiffe, aus denen sich die Schlachtflotten zusammensetzen, ist die Höchstziffer genommen, die nach unseren Erfahrungen von einer Stelle aus und von einer Person geleitet werden kann. Insofern stellt jede Flotte ein Maximum an Kraft dar, sie stellt aber zugleich auch das Minimum dessen dar, was für den Führer nothwendig ist, um, wenn er seine höchste Kraft einsetzt, in den Status der Ueberlegenheit zu gelangen. Demgemäß kann es sich bei einer Verstärkung unserer Marine nur um eine Verdoppelung handeln. — Es wird jetzt nur noch zu prüfen sein, ob denn diese Verdoppelung, die dem Hause vorgeschlagen wird, ausreicht (Bewegung), ob dadurch insbesondere diejenigen Gefahren beseitigt oder doch ausreichend vermindert werden, welche im Flottengesetz von 1898 noch keine ausreichende Berücksichtigung erfahren haben. Da dieser Nachweis eine Vergleichung der verschiedenen Marinestärken nöthig macht und auch nicht ohne Erörterung von Operationsfragen geführt werden kann, so behalte ich ihn mir für die Berathungen in der Budgetkommission vor. — Die Nothwendigkeit der Vermehrung der Auslandsschiffe wird ja im allgemeinen anerkannt. Eine zahlenmäßiger Nachweis, wie er bei der Schlachtflotte geführt ist, läßt sich hierbei nicht geben. Da es aber für die Aufstellung des Planes von sehr großer Wichtigkeit ist, mit bestimmten Zahlen zu rechnen, so sind auch die Zahlen der Auslandsschiffe angegeben worden, und zwar ist sowohl eine Vermehrung der großen Kreuzer vorgesehen worden, wie auch eine Vermehrung der kleinen Kreuzer um die Hälfte. Besondere Rücksicht hat auf die Ersatzbauten genommen werden müssen, für deren Herstellung ein Zeitraum von sechzehn Jahren erforderlich ist. Die Fertigstellung sämmtlicher Neubauten wird zwanzig Jahre beanspruchen. Die aufzunehmende Anleihe wird sich für diese zwanzig Jahre im ganzen auf 800 Millionen belaufen. Das ergiebt einen Jahresdurchschnitt von 40 Millionen, zufällig dieselbe Zahl, die in dem jetzt vorliegenden Etat pro 1900 für Marinezwecke vorgesehen ist. Besonders ist es auf Widerspruch gestoßen, daß die Kosten der Novelle durch Anleihen aufgenommen werden sollen. Ich glaube, man hat dabei ganz vergessen, daß man, so lange unsere Marine besteht, die Mehrzahl der Neubauten stets durch Anleihen aufgebracht hat. Es scheint mir daher nicht richtig, in dem Augenblick, wo eine solche beträchtliche Vermehrung der Flotte stattfinden soll, mit diesem Prinzip zu brechen. Bezüglich der Deckung wird der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Ihnen die näheren Mittheilungen machen. Hinsichtlich der gesetzlichen Festlegung der Verstärkung der Flotte ist eine eingehende Begründung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000209019/fragment/page=0001

sowohl nach der administrativen als auch nach der politischen Seite hin der Vorlage beigegeben, so daß ich mich nicht dazu zu äußern brauche. Die Verstärkung der Flotte, wie sie die Vorlage festsetzt, wird ganz erhebliche Ansprüche an die Aufnahmefähigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Marine stellen. Aber nachdem einmal ein festes Ziel statuirt ist, werden die Schwierigkeiten, die in der Ausführung selbst liegen, geringer sein als bei der Unsicherheit des von der Hand in den Mund Lebens. Auch der einzelne Mensch muß, wenn er etwas Großes erreichen will, ein festes Ziel ins Auge fassen und unentwegt verfolgen.

Die verbündeten Regierungen, durchdrungen von der Nothwendigkeit dieser Flottenverstärkung, wie sie in der Vorlage zum Ausdruck kommt, haben sich verpflichtet gefühlt, schon zwei Jahre, nachdem das hohe Haus eine erhebliche Verstärkung bewilligt hat, wieder mit einer neuen Forderung an Sie heranzutreten. Ich hoffe, daß die Herren sich davon überzeugen werden, daß diese Verstärkung nothwendig war und daß der dafür gewählte Zeitpunkt der richtige ist. (Vereinzelter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Schädler** (Centr.): Der Staatssekretär hat seinen Vortrag mit den Worten eingeleitet, daß bezüglich der Nothwendigkeit einer starken Flotte keine Meinungsverschiedenheit herrscht und daß die Ansichten nur über die Zahl der Schiffe und über das Tempo auseinandergehen. Auch wir halten eine starke Flotte für nothwendig, aber wir dürfen darüber nie vergessen, daß unsere Stärke auf dem Lande liegt (Sehr richtig! im Centrum), wir dürfen auch nicht außer acht lassen die Leistungsfähigkeit unseres Volkes, und wir müssen immer daran denken, daß wir nicht allen Feinden zugleich die Spitze bieten und demgemäß nicht, wie die Ersten zu Lande, auch die Ersten zur See sein können, sondern daß auf diesem Gebiet unserer Diplomatie ein weites und großes Feld offen steht, von dem wir nur wünschen können, daß unser Auswärtiges Amt und deren Leiter es in derselben fruchtbaren Weise bebaue wie bisher. (Beifall im Centrum.) Gewiß hat der Staatssekretär damit recht, daß man keine Flotte improvisiren kann, aber eben deshalb müssen wir ruhig überlegen, ob wir dieselbe bauen sollen. Wir haben den Vortheil für uns, daß wir auf dem Boden einer Vorlage stehen, auf einem Plane, den die verbündeten Regierungen selbst vor zwei Jahren als völlig genügend und ausreichend bezeichnet haben. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Der Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß die verbündeten Regierungen so sehr von der Nothwendigkeit der neuen Vorlage überzeugt sind, daß sie trotz der Vorlage von vor zwei Jahren schon jetzt damit an das Haus kommen. Der Staatssekretär hat von den verbündeten Regierungen gesprochen, es wäre demgegenüber vermessen, überhaupt die Frage zu stellen, ob denn alle verbündeten Regierungen dieser Anschauung gewesen sind. Wohl aber scheint es so, als ob bezüglich des Zeitpunktes der Einbringung der Vorlage die Einigkeit der verbündeten Regierungen noch nicht sehr alten Datums sei. Denn als nach dem 18. Oktober 1899, nach der bekannten und viel besprochenen Rede in Hamburg, die auch im „Reichsanzeiger" abgedruckt ist (Heiterkeit), verschiedentlich eine gewisse wilde Begeisterung — von wem angefacht und mit welchen Mitteln unterhalten, braucht hier nicht untersucht zu werden — aufloderte zur Vergrößerung und Verstärkung unserer Flotte, da schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Marine-Etat für das Jahr 1900 abgeschlossen und hält sich im Rahmen des Flottengesetzes. Für das Etatsjahr 1900 ist eine Novelle zum Flottengesetz nicht in Aussicht genommen." (Hört, hört! links und im Centrum.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kennt sich sonst so ziemlich gut aus, und sie erfährt auch, wenn es zweckdienlich erscheint, was in höheren Regionen vorgeht. Nun muß sie entweder schlecht unterrichtet gewesen sein, oder aber es war die Frucht noch nicht reif, oder aber man dachte noch nicht an einen weiteren Ausbau oder aber die verbündeten Regierungen waren sich noch nicht klar über die Nothwendigkeit, oder aber die Ordre war noch nicht eingelaufen. (Heiterkeit.) Ueber die vertraulichen Besprechungen des Staatssekretärs mit verschiedenen Industriellen im vorigen Sommer will ich hier nicht reden. Hier haben wir es mit der vorliegenden Novelle zu thun. Noch im Januar 1899 hatte der Staatssekretär in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben: „Da eben in der Kommission der Wunsch nach einer Erklärung der verbündeten Regierungen noch einmal an mich herantritt, so erkläre ich ausdrücklich, daß an keiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten ist, einen großen Flottenplan vorzulegen, daß im Gegentheil bei allen in Betracht kommenden Stellen die festeste Absicht besteht, das Flottengesetz auszuführen und die darin vorgesehene Limitirung inne zu halten." (Hört! hört!) Um dieselbe Zeit hat der Staatssekretär weiter erklärt: „Wenn wir eine Flotte haben werden, die dieser Stärke entspricht, dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv an unseren Küsten vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges dreimal sich bedenken würde. (Hört! hört!) Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Wagschale werfen kann, Sie schaffen vom militärischen Standpunkte aus für die Stellung Deutschlands im europäischen Konzert einen Machtfaktor, der 1904 aufgeführt haben wird, eine quantitè négligeable zu sein," und heute diese Novelle, die nichts mehr und nichts weniger Inaugurirt als die Schaffung der Weltflotte als Unterlage der Weltpolitik durch Verdoppelung unserer Flotte und Bindung auf 2 Dezennien hinaus! Und das während der Dauer des Segennals und vertreten von dem nämlichen Staatssekretär im Marineamt, der sich bei der Berathung der letzten Vorlage geäußert hat: „Ja, binden sich denn die verbündeten Regierungen nicht auch?"

Nach all den feierlichen Versicherungen im Herbst 1898 und im Februar 1899 hätte man doch erwarten können, daß wenigstens bis zum Ablauf des Segennals an der getroffenen Vereinbarung festgehalten werden würde. (Zuruf des Staatssekretärs Tirpitz.) Der Staatssekretär sagt, ich solle die Fortsetzung seiner Rede lesen. Ich thue das. Es heißt da: „Ist es nicht erforderlich, daß, wenn man eine andere Flotte schaffen wollte, die verbündeten Regierungen und die Marineverwaltung zu einem ganz neuen Gesetz den Beweis liefern müßten, daß diese Grundlage für die Flotte falsch, und daß eine neue Grundlage erforderlich ist?" (Hört, hört!) Hier handelt es sich aber nicht um eine neue Grundlage, sondern nach den offiziellen Ausdrücken um eine neue Novelle. (Heiterkeit.) Bei der Bewilligung von 1898 war der Gedanke für uns mitbestimmend, daß nach Annahme derselben auf diesem Gebiete Ruhe geschaffen sei, wenigstens für die nächsten sechs Jahre. (Zustimmung im Centrum.) Es wurde das ausdrücklich von uns betont, und gerade deshalb ist es ausgezeigt, darüber zu diskutiren, was der Staatssekretär heute als diskutabel bezeichnet hat. Die Novelle liegt vor nach bereits zwei Jahren und an der betreffenden Vereinbarung ist nicht festgehalten worden. Nun möchte ich einmal den umgekehrten Fall setzen: Was hätte es wohl für eine Entrüstung gegeben, wenn umgekehrt der Reichstag eine Herabsetzung der im Gesetz von 1898 vorgesehenen Ausgaben verlangt hätte? (Sehr gut! links und im Centrum.) Ich beneide den Staatssekretär nicht um die Vertretung einer Vorlage, die seine früheren Versicherungen so gründlich desavouirt, wie diese. Gewiß ist das ein Beweis des Muthes und des Opfersinnes (Heiterkeit links), aber der Staatssekretär wird es auch sehr begreiflich finden, daß man seinen Ausführungen jetzt mit doppeltem Mißtrauen gegenübersteht sieht richtig! im Centrum und links), nachdem der Tirpitz von vor zwei Jahren durch den Tirpitz von heuer so gründlich desavouirt worden ist. (Sehr richtig.) Vor zwei Jahren versicherte man uns, es handle sich um einen Abschluß, man sei zu diesem Abschluß gekommen, die Regierung habe die Summe ihres Wissens, ihrer Erfahrungen und ihres Könnens seit zehn Jahren zusammengefaßt und in der damaligen Vorlage uns den Extrakt davon geboten. Nun heute ist das, was vor zwei Jahren Meisterarbeit war, nur noch eine ganz kleine Leistung, die ganz gründlich korrigirt werden muß! Ja, muß denn da nicht sofort der Gedanke entstehen, daß das, was heute schon einer Korrektur unterzogen wird, nach abermals zwei Jahren einer noch gründlicheren Korrektur unterzogen werden muß? Daß freilich der Staatssekretär Tirpitz dann nochmals seine beneidenswerthe Rolle übernehmen wird, das glaube ich nicht. Aus dieser Wandlung der Anschauung in den berufensten Kreisen ergiebt sich aber von selbst, daß wir mit größter Vorsicht einer neuen Vorlage gegenübertreten, zumal einer solchen, wie sie sich uns hier präsentirt. Schon die Form, in der sie erschien, hat etwas Eigenartiges. Es sind drei ganz niedliche Paragraphen. In ihnen ist nur das Ziel enthalten, die Flotte zu verdoppeln. Bezüglich der Kosten sind wir auf die Motive verwiesen. Wie steht es mit dem Limitirungsparagraphen, wie mit dem § 8 des jetzigen Gesetzes, der bestimmt, daß, wenn in einem Etatsjahre die Neuausgaben 117 ½ Millionen übersteigen und die eigenen Einnahmen des Reiches zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, diese nicht durch Vermehrung oder Erhöhung der indirekten, den Massenverbrauch betreffenden Steuern gedeckt werden dürfen? Wie nun, wenn die Ausgaben darüber hinausgehen, wie, wenn die eigenen Einnahmen des Reiches nicht mehr ausreichen? Darüber steht in der Vorlage nichts. Es sind das eben Fragen, die einer Aufklärung bedürfen. Der Staatssekretär hat schon angedeutet, daß er über einzelne Fragen nähere Aufklärung zu geben bereit sei, in der Budgetkommission, er hat damit einen Weg angedeutet, gegen den meine Freunde durchaus nichts haben. Die Vorlage bedarf einer gründlichen Prüfung.

Daß die Begründung reichlich und erschöpfend ausgefallen sei, kann man nicht sagen. Besonderes Neues findet sich darin nicht. Wenn man sie liest, kann man auf den Gedanken kommen, daß sie nicht blos auf eine Verdoppelung der Flotte eingerichtet ist, sondern auch für eine Verdreifachung ausreichen würde. Da darf man sich auch nicht wundern — der Appetit kommt bekanntlich mit dem Essen — daß der Privatdozent Dr. v. Bienckheim bereits über die Vorlage hinaus wiederum sofort eine neue Flotte verlangt, wobei er allerdings trotz der vielen Flottenvorträge, die im Deutschen Reich gehalten worden sind und werden mit einem fieberhaften Eifer, dem deutschen Volke das Kompliment macht, daß es wahrscheinlich heutzutage in Deutschland nicht viel mehr als 200 bis 300 Männer giebt, welche die Nothwendigkeit einer noch weiteren Flottenverstärkung einsehen. (Heiterkeit.) Es gewinnt fast den Anschein, als ob die wahren Motive der Vorlage zu suchen sind in dem, was einst der frühere Staatssekretär Hollmann ausgesprochen hat, der in der Budgetkommission sagte: „Wir wollen hinaus auf die hohe See, wir wollen den Feind auftreiben in seinen eigenen Gewässern." (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Die Herren sagen „Sehr gut". Sie dürfen aber nicht blos die eine Seite berücksichtigen, denn nicht nur darum handelt es sich, sondern auch noch um etwas mehr. Demgegenüber muß ich sagen: Solchen Kurs können wir nicht steuern. Wir wollen den Schutz unseres Seehandels und unserer Kolonien, wir wollen keinen sprunghaften, sondern einen ruhigen Ausbau der Flotte, der aber auch Schritt hält mit der Entwicklung unserer Verhältnisse und mit unserer Leistungsfähigkeit. (Beifall im Centrum.) Das war auch der Grund, aus dem der größte Theil meiner Freunde dem Gesetz von 1898 zugestimmt hat. Was hat sich denn innerhalb dieser letzten zwei Jahre so Besonderes ereignet? Wir haben uns darüber zu bereits unterhalten in der Generaldebatte im Dezember, es ist also nicht mehr nothwendig, darauf zurückzukommen. Auch der Aufschwung des Seehandels rechtfertigt nicht eine solche Flotte. Dafür fehlt uns jeglicher Anhalt, und schon deshalb verlangen meine Freunde die eingehendste und sorgfältigste Prüfung in der Kommission, ehe sie sich endgiltig entscheiden.

Wir stehen, um die Worte des Mannes zu gebrauchen, den wir schmerzlich vermissen und für dessen Wiedergenesung seine Freunde die heißesten Wünsche zum Himmel senden, des Mannes, der so schmerzhaft leidet, des Abg. Dr. Lieber, wir stehen vor einem völligen Umsturz des Flottengesetzes von 1898. Diesen Umsturz können wir nicht mitmachen, und ich darf deshalb im Namen meiner sämmtlichen politischen Freunde erklären: Wir sind für das Gesetz in der Form und dem Umfang, wie es uns hier vorliegt, nicht zu haben. (Zustimmung im Centrum.) Die Wasserpatrioten brauchen uns die Katheder-marinisten (Heiterkeit) würden ja nicht zum Ziele kommen, wenn der Vorlage zu stimmen, wenn es sich um 200 Geschwader handelte, als wenn es sich nur um zwei handelt. Das wissen wir ja bereits, und darüber hat auch Herr Schweinburg etwas geplaudert, daß es einem Theil derselben auch darauf ankommt, ihren Patriotismus umzumünzen. (Sehr gut! links und im Centrum.) In Wirklichkeit ist der Zuwachs, den die Flotte durch die Vorlage erhalten soll, ein ganz enormer, gar nicht vergleichbar mit dem vom Jahre 1898. Im Jahre 1898 betrug die Vermehrung 7 Linienschiffe und 9 Kreuzer. Die Kosten beliefen sich auf 202,800,000 M.; diesmal werden gefordert 19 Linienschiffe und 23 Kreuzer, die Kosten betragen 801 Millionen über das Gesetz vom Jahre 1898 hinaus. Vor zwei Jahren enthielt der Flottenplan etwa 8000 Mann Vermehrung an Mannschaften und Offizieren, der neueste Plan verlangt weitere 30,000, das ist eine Gesammtsteigerung von 17,000 Mann im Jahre 1897 auf 55,000 Mann im Jahre 1920. (Hört, hört!) Die Jahresausgaben steigen von jetzt 339 Millionen auf 541 Millionen im Beharrungszustand. Das zeigt an dem den Umfang der jetzigen Vorlage. Und selbst wenn die gewaltige Steigerung erreicht — sind wir dann vollständig gerüstet und gewappnet oder werden nicht andere Länder auch das Ihrige thun und da es sich bei ihnen unter Umständen um ihre Existenz handelt, das Letzte daran setzen und zu einer weiteren, viel stärkeren Vermehrung ihrer Flotte schreiten, der wir nicht nachkommen können? (Sehr gut! im Centrum und links.)

Ueber die Aufbringung der Kosten verlangen wir noch nähere Auskunft. Geld ist keins da; die Schuldentilgung ist schon von 50 auf 13 Millionen gesunken, nächstes Jahr wird kaum mehr etwas da sein, um Schulden zu tilgen. Die Reichseinnahmen sind nicht im Steigen, sondern im Rückgang begriffen, die Einnahmen aus den Zöllen allein sind seit dem 1. April 1899 um 14 Millionen zurückgegangen, und wenn nicht alles trügt, ist die schöne Zeit der Ueberschüsse dahin, und wir stehen vor einem Defizit. Die Vorlage nimmt es freilich mit der Deckungsfrage sehr leicht. Es sollen vorläufig 769 Millionen Schulden gemacht werden. Und wenn die erwarteten Mehreinnahmen ausbleiben — was dann? Dann wird nichts übrig bleiben als noch weiter Schulden zu machen. Zu Anleihen in solcher Höhe zu greifen, erscheint doch nicht angängig. Gewiß haben wir auch früher zu Anleihen gegriffen, aber dabei handelte es sich doch nie um solche Posten, wie jetzt. Thatsächlich handelt es sich um einen großen Millionenthum. Aber es ist Pflicht auch des größten Gemeinwesens, bei so exorbitanten Ausgaben für die Deckung vorher zu sorgen. (Sehr richtig! im Centrum.) Um besten wäre es, derartige Bedürfnisse aus laufenden Einnahmen zu bestreiten, wir sind, wie bereits der Abgeordnete Dr. Lieber ausführte, nicht bereit, die ganzen 800 Millionen durch Anleihen zu decken. Wer das Gesetz will, der muß auch die Mittel wollen und die neuen Steuern bewilligen, um die Vorlage ausführen zu können. Die Deckungsfrage, um die die Regierung so elegant herumgeht, ist gerade die Hauptfrage, sie muß erst gelöst werden, ehe man sich auf weiteres einläßt. (Zustimmung im Centrum.) Denn darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, daß das neue Gesetz unausführbar ist ohne Bewilligung von mindestens 100 bis 120 Millionen neuer Anleihen. Neue Anleihen aber, wer soll sie tragen? Die neuen Steuern müssen die Interessirten tragen und die leistungsfähigen Schultern. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Diese müssen Gelegenheit erhalten, ihren Patriotismus auch praktisch zu bethätigen, und sich nicht etwa zu drücken oder gar einkeilnen zu wollen. Nach allem, was man draußen beobachtet, sehnen sie sich förmlich danach. (Sehr richtig! im Centrum.) Die arme Landbevölkerung, der Arbeiter, der von seinem kärglichen Lohne leben muß, darf nicht zu den Ausgaben für derartige Projekte herangezogen werden. Es wäre das ein bitteres Unrecht. Die Landwirthschaft hat schon genug zu leiden, auch ohne das Gesetz, das ihr wiederum Tausende von Arbeitskräften entzieht. (Sehr wahr!) Das gilt auch gegenüber den Klagen, wie sie nicht zu Unrecht vorgebracht sind, über die immer größer werdende Leutenoth. Bezüglich der Deckungsfrage sind verschiedene Vorschläge gemacht worden. Man spricht von einer Reichserbschaftssteuer. Ich begreife das, deswegen die Finanzministter der Einzelstaaten etwas in Sorge sind um ihre heimischen Budgets. Allerdings wäre diese Sorge besser früher gekommen, dann wäre die Vorlage wohl nicht so glatt und nett, wie es geschehen ist, durch den hohen Bundesrath gekommen. Weiter sind andere Vorschläge gemacht: Biersteuer, Tabaksteuer usw. Auch die Monopol-Meierei erscheint wieder auf dem Tapet. (Heiterkeit.) Ich habe keinen Grund, weiter darauf einzugehen. Ich sage nur: So lange die Deckungsfrage nicht gelöst ist, ist an eine Behandlung dieser Projekte nicht zu denken. Und zwar muß diese Frage gelöst werden — auch da spreche ich wieder im Namen meiner Freunde, insbesondere auch derjenigen, der Flottenfrage freundlicher gegenüberstehen — indem die leistungsfähigen Schultern herangezogen und die schwachen entlastet werden. (Zustimmung im Centrum.) Ich betone das um so mehr angesichts der bekannten, vom Herrenhause am 28. April 1898 angenommenen Resolution Mirbach, die sich dagegen erklärt, daß der Reichstag sich künftig gegen die Aufbringung der für solche Zwecke nothwendigen Mittel durch indirekte Steuern sträuben liegt. Nach dieser Resolution sollen wir also auch im gegebenen Fall nicht auf direkte Steuern zurückgreifen, sondern auf indirekte, also die Masse der Bevölkerung belastende, die Reichen schonende Steuern. Dieser Resolution gegenüber mache ich besonders darauf aufmerksam, daß, wenn irgendwie eine Hoffnung bestehen sollte, etwas zu erreichen, gleichzeitig positiv die Deckungsfrage gelöst werden muß, aber nicht im Sinne der Resolution Mirbach. (Zustimmung im Centrum.)

Diese Bedenken rechtfertigen sicherlich die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Wir wissen sehr wohl, daß auch jetzt wieder ein Hagel von Geschossen auf uns niederkommen wird, wir wundern uns darüber nicht, denn die Flotte begeisterung läßt sich nicht eindämmen. Wir wundern uns auch nicht, wenn die alten Ladenhüter wieder hervorgeholt werden von einem Mangel an Verständniß, von einem Mangel an Vaterlandsliebe. Das trifft uns nicht an. Wir sind daran gewöhnt, wir kennen unsere Pflicht gegen unser Vaterland und gegen unser Volk. Wir wollen eine ernstliche, gründliche, ruhige Prüfung der Frage. Wir stehen vor einer der schwierigsten und weittragendsten Fragen in politischer, volkswirthschaftlicher und finanzieller Beziehung. Man hat auch bereits das Gespenst der Reichstagsauflösung erscheinen lassen. Gespenster sind nicht furchtbar bei Tage, die Auflösung fürchten wir nicht. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Na, na!) Wir können ja die Probe darauf machen und dann wollen wir sehen, ob Ihr „na na!" noch so zweifelnd klingt. Wir sind nicht Gegner einer Flotte; wir wissen, was wir der deutschen Flagge zu verdanken haben. Aber nicht allein darum handelt es sich, sondern auch darum, was wir zu leisten imstande sind. Wir haben einen Leitstern, das ist unsere Pflicht, wir haben auch in dieser Frage nur ein Ziel, das ist das Wohl des Ganzen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. v. **Levetzow** (k.): Die Vorlage sei mehr eine Resolution über den Umfang und das Tempo des Ausbaues der Kriegsflotte. Sie müsse entsprechend der Weltlage vergrößert werden, die Armee dürfe darüber aber nicht vernachlässigt werden. Freilich seien die Kosten sehr große und er möchte solche Belastung gern vermelden, wenn er an die Lage des kleinen Mannes, des Landwirths denke, aber man dürfe in vaterländischen Fragen die Finanzfrage nicht vorweg stellen. Das „si vis pacem para bellum" gelte auch auf dem Meere. Wir haben unsere Kolonien zu schützen, außerdem werde durch die starke Flotte unsere Bündnißfähigkeit erhöht werden. Auf die Deckungsfrage wolle er deshalb nicht näher eingehen. (Lachen links.) Wer die Deckungsfrage zu sehr in den Vordergrund stelle, der beschwere damit die Vorlage. (Heiterkeit.) Die Landwirthschaft befinde sich in einer gewissen Decadence, aber sie werde das neue Opfer bringen des Vaterlandes wegen. (Beifall rechts.) Durch eine Blockade unserer Küsten würde unsere Industrie schwer geschädigt werden. Es werde der Regierung vorgeworfen, daß sie die Vereinbarung von 1898 gebrochen habe. Mit Unrecht, denn die Regierung frage doch nur den Reichstag, ob er zu einer Abänderung des Flottengesetzes bereit sei. (Heiterkeit.) Außerdem habe sich seit 98 die Weltlage sehr geändert, unsere Seeinteressen seien gewachsen. Seine Freunde stehen der Vorlage in der allergrößten Mehrzahl freundlich gegenüber. In einer Kurrabstimmung befinden sich weder diejenigen, die die Vorlage annehmen wollen, noch die, die sie ablehnen wollen. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. **Frohme** (soz.): In seiner Frage habe die Regierung so oft und so schnell ihren Standpunkt gewechselt, wie in der Flottenfrage. Einst wurde die Torpedoflotte für der beste Schutz der deutschen Küste gehalten, dann wurde der Bau des Nord-Ostseekanals damit begründet, daß dann die Flotte in geeigneter Weise verwendet werden könne. Der jetzige Staatssekretär und frühere haben sich wiederholt gegen „uferlose" Flottenpläne gewandt, trotz allem kam eine Verstärkung der Marine nach der anderen. Uebel habe auch die jetzige Vorlage richtig prophezeit. Unsere Flottenprogrammdistien handeln nicht nach Ueberzeugung, sondern aus Servilismus nach oben. Was Majestät wolle, das müsse geschehen. In erschreckender Weise werde der Byzantinismus gepflegt, offen werde in solchen Blättern ausgesprochen, der Bundesrath und Reichstag sei nichts, der Kaiser alles. Er glaube, daß jede Verstärkung unserer Flotte als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Weltpolitik die schwersten Gefahren für den Frieden bieten werde. Die Belastung infolge solcher Vorlagen werde grundsätzlich den mittellosen Klassen aufgebürdet. Die besitzenden Klassen wollten nur die Vortheile davon haben. Ebenso müßten die besitzlosen Klassen am meisten leiden, wenn durch eine sogenannte Weltpolitik ein Krieg entsteht. Die mit der Weltpolitik in Zusammenhang stehende Kolonialpolitik komme nur einigen großen Handelsherren zugute. Sie würden die Vorlage ohne weiteres ganz ablehnen.

Abg. **Bassermann** (nl.) bemerkt, Herr Schädler habe ausgeführt, unsere Stärke beruhe in erster Linie auf dem Landheer. Diesen Satz könne er auch unterschreiben. Ebenso sei er dafür, daß bei Aufbringung der Kosten die schwächeren Schultern geschont werden müßten. Die übrigen Ausführungen des Abg. Schädler könne er aber nicht unterschreiben. Die Entscheidung liege beim Centrum, seine heutige Erklärung enthalte noch keiner Hinsicht hin eine Bindung. Man scheine nicht dieses Gesetz zu wollen, aber vielleicht ein anderes. Vielleicht gestalte sich die Haltung des Centrums in der Kommission freundlicher. Ueberall im deutschen Volke herrsche Stimmung für die Flottenvorlage, sogar in Arbeiterkreisen. (Widerspruch links.) Im Volke sei ohne Zweifel das Verständniß für die Vermehrung der Flotte gewachsen, allerdings mit hervorgerufen durch die Ereignisse der jüngsten Zeit. Sowohl der spanisch-amerikanische Krieg, wie der Krieg Englands gegen Transvaal zeigen, daß Reibungsflächen genug vorhanden sind, so daß jeder Staat gerüstet sein muß. Die Vorgänge auf Manila, vor Samoa, die Beschlagnahme deutscher Schiffe haben eine deutliche Sprache geführt. Die Besprechungen darüber seien ganz schön, aber es müsse auch der nöthige maritime Nachdruck da sein. Die Verhältnisse in Deutschland seien ohne Zweifel bessere geworden, die Auswanderung habe trotz der Zunahme der Bevölkerung abgenommen. Unser Seehandel habe eine bedeutende Ausdehnung erfahren, die dringend eine Verstärkung der Flotte erheische. Alle anderen Staaten gehen in gleicher Weise vor. Zwischen dem Anwachsen der überseeischen Interessen und der Größe der Kriegsflotte bestehe ohne Zweifel ein Zusammenhang. Wer weiß, ob England

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000209019/fragment/page=0002

in Samoa und bei der Beschlagnahme unserer Schiffe so wachsweich gewesen wäre, wenn es in Transvaal siegreich wäre. Der Gesetzentwurf der Regierung sei eigentlich nur eine Denkschrift, ein Programm, das eine Bindung nicht enthalte. Man könne das Programm vielleicht auch in einer kürzeren Zeit erledigen mit festen jährlichen Bewilligungen. In der Deckungsfrage müsse auch er sich freie Hand vorbehalten, voraussichtlich werden die Einnahmen des Reiches weiter wachsen. Freilich hoffe er, daß wir in den nächsten Jahren mit großen Ausgaben für das Heer verschont bleiben mögen. Besser als die Anleihen für das Heer, wäre es vielleicht, die laufenden Ausgaben zu ersparen, zu vermehren. Von den vorgeschlagenen Steuern erscheine ihm die Reichserbschaftssteuer als der gangbarste Weg, an sich sei seine Partei keine Gegnerin direkter Reichssteuern, nur dürfen sie nicht die unteren Klassen treffen. Er hoffe bei der Deckungsfrage Hand in Hand mit dem Centrum zu gehen, so daß die Eventualität einer Reichstagsauflösung erspart bleibe. Im deutschen Volke herrsche eine große Vorliebe für die Flotte, die weit in die Reihen der freisinnigen Volkspartei. (Widerspruch bei Abg. Richter.) Er zweifle ja nicht, daß die freisinnige Reichstagsfraktion dem Befehl der gewaltigen Versöhnlichkeit des Reichskanzlers Folge werde. (Heiterkeit.) Selbst in den sozialistischen Blättern werde ein anderer Standpunkt eingenommen, als ihn heute der Abg. Frohme einnahm. In den „Sozialistischen Monatsblättern" werde auf die Vortheile hingewiesen, die die Flottenvorlage den Arbeitern bringe. Er hoffe, daß der Reichstag zu einer Einigung in der Flottenfrage komme. Wer die See beherrsche, beherrsche den Handel, wer den Handel beherrsche, besitze die Schätze der Welt. (Beifall.)

Abg. **Hilbert** (Bayr. Bd.): Der Flottenvorlage, wie sie vorliege, können seine Freunde nicht zustimmen. Wenn zwei dasselbe thun, sei es doch noch nicht dasselbe; wenn die Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmen, so thun sie das nicht aus Patriotismus . . . (Unruhe.)

Präsident Graf **Ballestrem** ruft den Redner wegen dieser Wendung zur Ordnung.

Abg. **Hilbert**: An einen Krieg mit England sei nicht zu denken, die Beschlagnahme deutscher Schiffe schien eine gemachte Sache zu sein. (Heiterkeit.) Die Deckungsfrage müsse auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden. (Heiterkeit.) Er wünsche, daß die Vorlage an eine Kommission gelange und sobald nicht wieder herauskomme. (Heiterkeit.)

Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Schluß ½6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 8. Februar. 11 Uhr.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Am Ministertische: **Brefeld** u. a.

Die zweite Lesung des Etats der **Handels- und Gewerbeverwaltung** wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben, Kapitel „**Gewerbliches Unterrichtswesen**."

Abg. **Felisch** (kons., auf der Tribüne unverständlich) scheint verschiedene Wünsche betreffs der Baugewerkschulen vorzubringen und zu beklagen, daß im Baugewerbe der Befähigungsnachweis noch nicht eingeführt sei.

Geheimrath **Simon** bemerkt, daß die Regierung den größten Werth darauf lege, praktisch ausgebildete Lehrer für die Baugewerkschulen zu gewinnen.

Abg. **Kreitling** (kons. Vp.) empfiehlt der Regierung, auf ihrem Widerstand gegen die Einführung des Befähigungsnachweises zu beharren.

Minister **Brefeld** erwidert, daß der Frage der Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe seitens der Regierung die größte Aufmerksamkeit zugewendet werde und daß auch bereits mit der Reichsregierung über diese Frage Verhandlungen angeknüpft seien. Jedoch müßten zunächst noch die Handwerkskammern darüber gehört werden, ehe man weitere Schritte auf diesem Gebiete übernehme.

Abg. **Kindler** (freis. Vp.) empfiehlt eine Vermehrung der Maschinenbauschulen, da ein großer Mangel an Technikern, namentlich auch für die landwirthschaftlichen Betriebe, bestehe.

Abg. Dr. **Lotichius** (nl.) befürwortet die Einführung von obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschulen und die Erhöhung des Fonds für das Fortbildungsschulwesen. Sodann wünscht Redner die Errichtung von Schifferschulen am Rhein.

(Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß Verhandlungen über die Errichtung von Fachschulen für Rheinschiffer schwebten.

Abg. **Lucius** (fk.) bleibt vollkommen unverständlich.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.) dankt dem Minister für den Erlaß, in welchem für einige Fachschulen der obligatorische Besuch eingeführt worden sei und wünscht noch eine weitere Ausdehnung des obligatorischen Fachschulwesens. Der fakultative Unterricht habe sich gar nicht bewährt. Die obligatorischen Fortbildungsschulen hätten auch großen erzieherischen Werth. Das sei um so höher anzuschlagen, wenn man bedenke, daß gegenwärtig für unsere Jugend nach der Beendigung der Schulzeit meist jede Erziehung aufhöre. Nur durch die allgemeine Einführung des Schulzwangs würde es möglich sein, den Fortbildungsschulen die gebührende Stellung zu verschaffen. Er hoffe daher, daß der Minister in dieser Richtung weiter vorgehen werde. Nur Preußen und Mecklenburg seien mit der Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen noch im Rückstande. Wenn man Mittelstandspolitik treiben wolle, so müsse man vor allem die Fortbildungsschulen fördern. Hier dürfe man mit der Bewilligung von Mitteln nicht kargen.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.) freut sich, daß die Regierung die kaufmännischen Fortbildungsschulen nun energisch unterstützen wolle. Leider sei es bisher bei dem Erlaß geblieben; in den Etat seien wieder keine ausreichenden Mittel eingestellt. Auch er glaube, daß der Besuch der Fortbildungsschulen obligatorisch gemacht werden müsse. Die fakultative Schule werde ihre Aufgaben niemals erfüllen können. So lange allerdings die Regierung nur so unzureichende Mittel bewillige, könne der obligatorische Fortbildungsschulunterricht nicht durchgeführt werden. Er halte es übrigens für wünschenswerth, daß auch für weibliche Angestellte Fortbildungsunterricht eingeführt werde.

Minister **Brefeld**: Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulen auf statutarischem Wege, nicht durch Gesetz erwünscht sei. Sie ist auch in dieser Richtung thatkräftig vorgegangen. Das beweist die Entwicklung, welche unsere Fachschulen in den letzten 10 Jahren genommen haben. Die Zahl unserer Fortbildungsschulen ist in den Jahren 1891 bis 1899 von 722 Schulen mit 91,690 Schülern auf 878 Schulen mit 140,880 Schülern gestiegen. Die Zahl der obligatorischen Schulen ist von 413 auf 568, die der fakultativen nur von 309 auf 310 gestiegen. Sie sehen daraus, daß die obligatorischen Schulen sich bedeutend stärker vermehrt haben als die fakultativen. Wenn der Vorredner meint, daß wir nicht genügend für die kaufmännischen Schulen gethan hätten, so weise ich ihn darauf hin, daß die Handelskammern die Aufgabe haben, für die Entwicklung des kaufmännischen Schulwesens zu sorgen. Allen Anträgen, welche von diesen Kammern an mich herangetreten sind, bin ich stets bereitwillig nachgekommen.

Abg. **Ehlers** (frs. Vg.) fragt den Minister, wann die technische Unterrichtskommission, die doch als eine ständige Kommission eingerichtet worden sei, wieder zusammentreten werde.

Minister **Brefeld**: Es besteht Aussicht, daß die Kommission in nächster Zeit sich neu konstituirt. Wenn sie jetzt längere Zeit nicht thätig gewesen ist, so liegt das daran, daß eine Reihe von Fragen noch nicht soweit vorbereitet war, um der Kommission vorgelegt werden zu können.

Abg. Dr. **Langerhans** (fr. Vp.): Der Gedanke der obligatorischen Fortbildungsschulen ist ja sehr verlockend. Sie haben sich aber doch nicht so bewährt, wie man das von manchen Seiten erwartet hatte. Die jungen Leute haben eben zu wenig Zeit, um besonders viel für die Schule thun zu können. Ich halte es überhaupt für bedenklich, den Schulzwang statt bis zum 14. nun bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Die Klagen über die fakultativen Schulen sind meines Erachtens vielfach unberechtigt. In Berlin z. B. lassen die Schüler an Pünktlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ich gebe übrigens zu, daß vielleicht in kleinen Orten die Einführung des obligatorischen Unterrichts ein Bedürfniß ist.

Abg. **Gamp** (Rp.): Weshalb gerade in kleinen Orten die Einführung der obligatorischen Schulen erwünscht sein soll, ist mir vollständig unklar. Der einzig richtige Weg ist der, daß man den Gemeinden, die es wünschen, die Einführung des obligatorischen Unterrichts ermöglicht. Mehr darf man nicht thun. Ich begreife nicht, wie die Freisinnigen, die sonst immer für Selbstverwaltung sind, die gesetzliche Einführung des Fortbildungsschulzwanges wünschen können.

Abg. **Metzner** (Ctr.) wünscht, daß mit der Umwandlung fakultativer in obligatorische Fortbildungsschulen nicht zu schnell vorgegangen würde, damit die Gemeinden nicht zu sehr belastet werden.

Abg. **Kopsch** (frs. Vp.) vertheidigt nochmals seinen Standpunkt. So lange der Unterricht nicht obligatorisch sei, würde die Werkzeit der jungen Leute der Schule fern bleiben.

Abg. **Ehlers** (frs. Vp.) ist der Meinung, daß die obligatorischen Fortbildungsschulen ebenso ihre Mängel haben wie die fakultativen. Man dürfe nicht glauben, daß die obligatorische Schule die allein richtige sei.

Abg. **v. Kölichen** (kons.) wünscht, daß die keramischen Fachschulen, die durchaus erfreuliche Ergebnisse gehabt hätten, besser gestellt werden. Vor allem müßten sie staatlich anerkannt werden.

Ein **Regierungskommissar** theilt mit, daß Verhandlungen über die staatliche Anerkennung dieser Schulen schwebten, die voraussichtlich bald zum Ziele führen würden.

Abg. **Im Walle** (Ctr.) wünscht die Errichtung einer Webeschule im Eichsfeld.

Das Kapitel wird **bewilligt**. Ebenso ohne Debatte das Kapitel „Königliche Porzellan-Manufaktur".

Bei den **einmaligen außerordentlichen Ausgaben** beantragt

Abg. **v. Arnim** (k.) beantragt Rückverweisung des Titels „Beschaffung eines Dampfboots und eines Ruderbootes für die Polizei-Direktion in Kiel" an die Budgetkommission. Verschiedene Punkte müßten dort noch näher aufgeklärt werden.

Minister **Brefeld** hat gegen den Antrag des Vorredners nichts einzuwenden.

Abg. **Friedberg** (nl.) schließt sich ebenfalls dem Antrage an. Der Titel falle eigentlich in den Etat des Ministeriums des Innern, und es sei nöthig, daß die Budgetkommission noch einmal über den Titel in Gegenwart des Ministers des Innern verhandeln. Es werde vermuthet, daß das Boot zu Repräsentationszwecken des Polizeidirektors dienen solle. Es müsse event. durch eine Resolution verhindert werden, daß das Boot zu solchen Nebenzwecken benutzt würde.

Ein **Regierungskommissar** erklärt die von dem Vorredner ausgesprochene Vermuthung für unrichtig. Das Boot sei für Zwecke der Sicherheitspolizei in Kiel unbedingt nöthig.

Abg. **Barth**-Kiel (fr. Vgg.) stimmt dem Antrag v. Arnim zu. Die in den Etat eingesetzte Summe von 72,000 M. erscheine ihm sehr hoch. Außerdem sei er noch nicht überzeugt, daß das Boot überhaupt nöthig sei.

Minister **Brefeld** theilt mit, daß die Höhe der Kosten wesentlich verursacht sei durch die Schnelligkeit, mit der das Boot fahren solle.

Entsprechend dem Antrage v. Arnim wird der Titel an die **Kommission** zurückverwiesen.

Abg. v. **Savigny** (Ctr.) dankt dem Minister für die Bewilligung von Mitteln zur Errichtung einer Versuchsstation für Flachskultur.

Abg. **Kindler** (frs. Vp.) hält es zur besseren Ausbildung der Lehrer an Fortbildungsschulen für wünschenswerth, daß für diese Schulen Bibliotheken angeschafft werden. Die Regierung habe ja bereits Mittel für solche Bibliotheken in den Etat eingestellt. Hoffentlich werde sie auf dem beschrittenen Wege weitergehen.

Die außerordentlichen Ausgaben werden **bewilligt**.

Damit ist die 2. **Lesung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung erledigt**.

Es folgt die **erste Berathung des Gesetzentwurfs**, betr. die **Bestrafung von Zuwiderhandlungen** gegen die **Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben**.

Der Entwurf bedroht in einer Reihe von Einzelbestimmungen die Hinterziehung von Verkehrsabgaben, sowie die Erhebung von zu hohen Verkehrsabgaben mit Geldstrafe.

Abg. **v. Borussdt** (k.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es müßten manche Punkte geändert werden. Schon der Titel sei zu schwerfällig. Einzelne Bestimmungen erschienen ihm zu dehnbar; bei anderen Vorschriften habe er Zweifel, ob sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche zulässig seien.

Abg. **Im Walle** (Ctr.) schließt sich dem Antrage auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission an.

Abg. **Nölle** (nl.) hält die Tendenz der Vorlage für durchaus berechtigt. Ob Einzelheiten geändert werden müßten, müsse die Kommission untersuchen. Er würde es aber für zweckmäßig halten, wenn die Vorlage der Justizkommission überwiesen würde.

Die Vorlage wird an **eine Kommission von 40 Mitgliedern verwiesen**.

Es folgt die **zweite Lesung des Etats der Oberrechnungskammer**.

Abg. **Gamp** (fk.) bemängelt die bureaukratische Arbeitsweise der Oberrechnungskammer, wodurch namentlich die Gemeinden und Landräthe mit Schreibarbeit belastet würden. Er bitte die Regierung, sich eine Vereinfachung unseres Rechnungswesens angelegen sein zu lassen.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Oberrechnungskammer seit langem bestrebt sei, das Rechnungswesen zu vereinfachen. Es seien auch bereits wesentliche Vereinfachungen vorgenommen worden. Augenblicklich schwebten Erörterungen über eine weitere Vereinfachung.

Abg. **Ehlers** (fr. Vgg.) führt einige Beispiele für den bureaukratischen Geschäftsbetrieb der Ober-Rechnungskammer an. So habe sie einmal eine Quittung beanstandet, weil sich der Aussteller statt „Strompolizei-Inspektor" unrichtig „Strom-Inspektor" genannt habe. (Heiterkeit.) Darauf habe der Mann seine Quittung umgeändert. Später sei aber festgestellt worden, daß er thatsächlich „Strom-Inspektor" gewesen sei. (Heiterkeit.)

Der Etat der Ober-Rechnungskammer wird **bewilligt**.

Es folgt die **zweite Lesung des Etats des Kriegsministeriums**.

Der Etat wird **ohne Debatte bewilligt**.

Ebenso **ohne Debatte bewilligt** wird der Etat der **Staatsarchive**.

Das Haus **vertagt** sich.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Etat der Justizverwaltung.)

Schluß 3¼ Uhr.

Provinzialnachrichten.

XVIII. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

9. Plenarsitzung.

△ **Merseburg**, 8. Febr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung kurz vor 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Als Schriftführer werden die Abg. von **Bodenhausen**-Wittenberg und **Böttcher**-Querfurt berufen. Die Tagesordnung wird in folgender Ordnung erledigt:

1. **Bericht der Viehseuchen-Kommission über die Provinzial-Ausschuß-Vorlage, betr. die Organisation des Viehversicherungswesens durch die Landwirthschaftskammer.** — Ref.: v. **Busse**-Zichortau. Der vom Provinzial-Ausschuß gestellte hierauf bezügliche Antrag lautet im wesentlichen: „Provinziallandtag wolle beschließen, daß der Landwirthschaftskammer der Provinz Sachsen zur Organisation des Viehversicherungswesens auf Grundlage freier Ortsviehversicherungsvereine mit Rückversicherungsverband bei der Landwirthschaftskammer der Provinz, ein einmaliger Zuschuß von 25,000 M. zugewiesen wird unter der Voraussetzung, daß der Staat wenigstens eine gleiche Summe zu demselben Zwecke zur Verfügung stellt. Die zu gründenden Ortsviehversicherungsvereine und deren Rückversicherungsverband haben sich auf alle Viehgattungen (Pferde, Rindvieh, Schweine und Ziegen) zu erstrecken." Referent weist eingehend die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der von der Landwirthschaftskammer in Aussicht genommenen Organisation des Viehversicherungswesens in der Provinz nach und empfiehlt dem Hause namens der Viehseuchen-Kommission die Annahme der von der letzteren nur in einigen unwesentlichen Punkten redaktionell abgeänderten Vorlage des Provinzial-Ausschusses. Die Vorlage wird ohne Debatte vom Hause angenommen.

2. **Bericht der Viehseuchen-Kommission über die Provinzial-Ausschuß-Vorlage, betr. eine Abänderung des Viehseuchen-Reglements.** Ref.: Abg. **Tangermann**-Velsdorf. Die bisherigen Bestimmungen des Viehseuchen-Reglements haben den Zweck, diejenigen Gemeinden, welche dauernd verseucht sind, zu veranlassen, in der Handhabung der Maßregeln zur Tilgung der Lungenseuche und zur Verhütung ihres Wiederauftretens eine durchgreifende Bekämpfung derselben zu erzielen, nur zum Theil erreicht. Der Provinzial-Ausschuß beantragt daher, zu beschließen, dem § 5 des genannten Reglements folgende Fassung zu geben: „Der Provinzial-Ausschuß ist befugt zc., die Einheitssätze bis zum vierfachen Betrage für solche Gemeinden bezw. Gutsbezirke oder einzelne Wirthschaften, welche innerhalb der letzten drei Jahre wiederholt verseucht gewesen sind, zu erhöhen." Referent berichtet eingehend über die Berathung dieser Vorlage in der Viehseuchen-Kommission und empfiehlt, den von dieser gestellten abgeänderten Antrag zur Annahme. Derselbe lautet: „Provinziallandtag wolle beschließen, daß in § 5 des Viehseuchen-Reglements statt der vom Provinzial-Ausschuß vorgeschlagenen Fassung gesetzt wird: „Die Einheitssätze bis zum doppelten Betrage für solche Gemeinden bezw. Gutsbezirke und bis zum vierfachen Betrage für solche einzelnen Wirthschaften zu erhöhen, welche innerhalb der letzten drei Jahre wiederholt verseucht gewesen sind, im letzteren Falle, sofern ein Verschulden nachweisbar oder die Schutzimpfung unterlassen haben. Die Besprechung der Vorlage ruft eine lange und heißgeführte Debatte hervor, an welcher sich die Abgg. von **Bismarck**-Briest, **Garcke**-Wittgendorf, Landesökonomierath Graf von **Wintzingerode**, **Weydemann**-Haus-Meinbovk, **Schultze**-Algendorf, von **Busse**-Zichortau und von **Helldorff**-Zingst betheiligen, und bei welcher zum Theil das Gebiet der Vorlage überschritten wird. Vom Abg. von **Bismarck**-Briest wird dabei der Antrag gestellt, den Provinzial-Ausschuß zu ersuchen, eine namentlich auch auf eine gerechtere Vertheilung der Beiträge hingehende Abänderung des Viehseuchen-Reglements in Erwägung zu ziehen und dem nächsten Provinziallandtage darüber eine Vorlage zu machen. Bei der Abstimmung wird der Kommissions-Antrag abgelehnt, damit der Antrag des Provinzial-Ausschusses angenommen; ebenso findet der Antrag des Abg. von Bismarck Annahme.

3. **Bericht der VII. Kommission über die Ausschuß-Vorlage, betr. Aufhebung der Hebammen-Lehranstalt zu Wittenberg.** Ref.: Abg. **Becher**-Nordhausen. Ueber die Vorlage des Provinzial-Ausschusses ist bereits in erster Lesung berathen und über die Berathung von mir berichtet worden. Referent beantragt namens der VII. Kommission die Ablehnung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage, bezw. Ablehnung der Aufhebung der Wittenberger Hebammen-Lehranstalt. Nach kurzer Debatte, bei welcher Abg. **Becker**-Eisleben für den Kommissions-Antrag eintritt, wird dieser einstimmig vom Hause angenommen.

4. **Einmalige Schlußberathung der ungedruckten Provinzial-Ausschuß-Vorlage, betr. die Wahl eines Landrathes.** — Ref.: Abg. Freiherr von **den Brincken**. Infolge des Ausscheidens des Landrath Thewes aus der Provinzial-Verwaltung ist die dadurch vakant werdende Landrathsstelle öffentlich ausgeschrieben worden und sind im ganzen 25 Meldungen eingegangen, von denen jedoch eine Anzahl wieder zurückgezogen wurde. Der Provinzial-Ausschuß schlägt dem Hause die Wahl des Herrn Gerichts-Assessor Bode in Lüneburg vor, welcher bereits auch im Versicherungswesen gearbeitet hat. Durch Zuruf wird der Genannte vom Hause gewählt.

5. **Wahl eines bürgerlichen Mitgliedes der Ober-Ersatz-Kommission im Bezirke der 16. Infanterie-Brigade.** — Ref.: Abg. v. **Bülow**-Diesdau. Auf Vorschlag des Referenten wird Herr Landrath a. D. **Weidlich**-Querfurt und als dessen Stellvertreter Herr Rittergutsbesitzer **Becker** in Osbauken und **Nicolai** vom Hause gewählt.

6. **Bericht der Kommission über die ungedruckten Vorlagen des Provinzial-Ausschusses, betr. die Prüfung und Entlastung von Rechnungen der kommunalen Provinzial-Verwaltung.** Ref. Abg. **Reinefarth**-Merseburg. Referent beantragt, für die genannten Rechnungen nach Maßgabe der aus den Prüfungsverhandlungen ersichtlichen Gutachten des Provinzial-Ausschusses Entlastung zu ertheilen, vorbehaltlich des durch die nächste Rechnung zu führenden Nachweises der Erledigung der noch offen gebliebenen Erinnerungen. Das Haus beschließt demgemäß. Vor Schluß der Verhandlungen theilt der Vorsitzende noch mit, daß nach einer Erklärung des Herrn Oberpräsidenten, die Staatsbehörden kein Bedenken tragen, event. die Wahl des Generaldirektors der Land-Feuer-Sozietät schon jetzt vorzunehmen. Dieselbe wird auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

10. Plenarsitzung morgen vormittags 9½ Uhr.

---

* **Bitterfeld**, 8. Febr. [Großfeuer.] Ein großer Theil des Werkes Clekiron steht in Flammen. Der Schaden ist bedeutend.

* **Gommern**, 8. Febr. [Feuer.] Gestern morgen brach auf der Knopf'schen Mühle ein Brand aus, der das Maschinenhaus und die Sägemühle einäscherte. Die hiesige Feuerwehr schützte die benachbarten Gebäude und löschte ab. Durch rechtzeitiges Ablassen des Dampfes wurde einer Explosion des Kessels vorgebeugt. Das Feuer soll durch das Umfallen einer Lampe entstanden sein.

* **Stendal**, 8. Febr. [Der wegen des Revolverschusses beim Radfahrerfest] im „Fürstenhof" festgenommene, am nächsten Tage aber wieder freigelassene Schreiber **Weber** soll ins Ausland geflüchtet sein; seine Angabe, er sei von dem durch den Schuß schwer verletzten Mechaniker Rahr-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000209019/fragment/page=0003

fedz auf den rechten Arm geschlagen worden und dadurch sei der verhängnißvolle Schuß losgegangen, erschien glaubhaft. Das Befinden des Herrn N. giebt nach wie vor zu Befürchtungen Anlaß.

□ **Genthin**, 7. Febr. [50jährige Dienste.] Auf dem Rittergute Jerchel beging der Inspektor Rokohl sein 50jähriges Dienstjubiläum. Die „Liedertafel" ehrte den Jubilar durch ein Ständchen, Frau Rittergutsbesitzer Lucke bewirthete festlich die sämmtlichen Hofangehörigen, und Pastor Zinke überreichte in feierlicher Ansprache dem Jubilar den ihm von Sr. Majestät verliehenen Kronen-Orden 4. Klasse. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit die dritte Feier aus gleichem Anlaß auf dem Rittergute Jerchel.

* **Tangerhütte**, 8. Febr. [Verhaftung.] In Tangermünde ist beim Betteln ein gewisser Kumbier aus Bure, der ohne festes Heim umherstreicht, festgenommen worden, weil er dringend verdächtig ist, den Knecht Böger bei Schönwalde getödtet zu haben.

* **Lützen**, 8. Febr. [Erschossen.] Im benachbarten Kötzschau hat sich der frühere Gastwirth B. auf dem Kirchhof am Grabe seines Sohnes erschossen. Er hatte im vergangenen Jahre nach dem Verkauf seines Gasthofs die Mühle in Kötzschau erworben und war im Herbst mit der Hand in das Getriebe gekommen. Die Wunde war nach Amputation der Hand in der Klinik zu Leipzig nicht geheilt, und deshalb sollte dem Unglücklichen jetzt der Arm abgelöst werden. Die Furcht vor dieser Operation hat den allgemein geachteten Mann in den Tod getrieben.

r. **Eisenach**, 8. Febr. [Burschenschaftsdenkmal.] Für das hier zu errichtende Burschenschaftsdenkmal sind bisher 52,278.31 M. gesammelt worden.

* **Braunschweig**, 8. Febr. [Seinen Brandwunden erlegen. — Verdoppelt.] Seinen schweren Brandwunden erlegen ist gestern der Böttcher Budweg, dem, wie gemeldet, in Wolter's Holzbauhaus ein brennendes Faß auf den Leib gefallen war; die Brandwunden sind zum Theil bis auf die Knochen gedrungen. Der Oberböttcher Fensch wird in einigen Wochen wiedergenesen sein. — Auf eine unglaublich freche Weise hat ein hiesiger junger Bursche, Namens Franz Schuster, ein Jahr lang seine Eltern und sonstigen Bekannten zu hintergehen und sich, nach der „Braunschw. Landesztg.", den Anschein zu geben gewußt, er sei Studirender der Hochschule. Vor etwa Jahresfrist machte der Betreffende seinen Eltern die erfreuliche Mittheilung, daß ein hiesiger Herr sich bereit erklärt habe, ihn an der Hochschule studiren zu lassen. Von da ab begann er dann sein „Studentenleben", d. h. er trieb sich dummerweise in der Stadt und deren Umgebung umher und verjubelte seiner Eltern Geld; gelegentlich erschien er auch stolz mit irgend einem Couleurbande geschmückt. Das währte ein volles Jahr lang. Endlich aber mußte ihm doch der Boden hier zu heiß unter den Füßen geworden sein und so beschloß er denn, sich durch einen Hauptcoup die Mittel zu verschaffen, von hier zu verduften. Er erzählte jetzt seinen Eltern, daß einer seiner Freunde im nächsten Jahre ein Kapital von 4500 M. zu erwarten habe, aber bereit sei, ihm diesen Antheil gegen eine sofort zu zahlende erheblich geringere Summe abzutreten. Er fertigte auch die Cessionsurkunde aus und unterschrieb sie mit dem Namen seines angeblichen Freundes. Auf diese Weise wußte er seine Eltern zu bestimmen, ihm 2000 M. zu geben und auch eine Haussegensuhr ließ sich durch dasselbe Manöver ebenfalls 2000 M. abschwindeln. Mit diesem Gelde ist der hoffnungsvolle Bursche jetzt spurlos verschwunden. Die Geschädigten haben die Sache zur Anzeige gebracht und die Kriminalpolizei forscht jetzt nach dem Flüchtigen. Wie aus einem an seine Eltern gerichteten Telegramm hervorgeht, hat sich der Flüchtling nach Holland gewandt.

* **Braunschweig**, 7. Febr. [Eine eigenartige Wette] ist hier von zwei hiesigen Geschäftsleuten abgeschlossen worden. Der eine verpflichtete sich, bis zum ersten Osterfeiertage d. J. (15. April) eine Million gebrauchter Straßenbahnbillets zu sammeln. Der Verlierer muß fünf arme Waisenkinder zu ihrer Konfirmation vollständig einkleiden und außerdem dem Gewinner den Betrag für ein Jahresabonnement auf allen hiesigen Straßenbahnlinien zahlen. Der Sammler läßt bekannt machen, daß er in dem Schmidt'schen Restaurant für je 20 eingelieferte gebrauchte Billets 5 Pf. zahle. Das nöthige Quantum würde ihm also 2500 M. kosten. Diese Summe muß der Gegner dem Sammler zurückzahlen, wenn er wirklich die eine Million Billets bis zu dem festgesetzten Tage zusammenbringt.

* **Dresden**, 8. Febr. [Verschüttet.] Im benachbarten Radebeul ereignete sich gestern ein sehr bedauerlicher Unglücksfall. In der Ziegelei des Herrn W. waren fünf Arbeiter beim Untergraben einer Lehmwand beschäftigt. Plötzlich löste sich der eine Theil der Wand und begrub die Arbeiter Zimmermann-Radebeul und Träger-Großhötha. Die drei anderen Männer konnten sich noch durch schnelles Beiseitespringen retten. Die Verschütteten konnten trotz der schnellsten in Angriff genommenen Rettungsarbeiten nur als Leichen hervorgezogen werden. Sie sind verheirathet und hinterlassen Familie.

Letzte Telegramme.

Berlin, 8. Febr. Der König von Sachsen traf heute vormittag hier ein. Er besuchte den Kaiser, besichtigte die Gewehrhausstellung und besuchte den Bildhauer Baumbach, der ein Reiterstandbild des Königs anfertigt. Der König reiste abends wieder nach Dresden zurück.

Heute fand die Eidesleistung des Erzbischofs von Köln, Dr. Simar, im Rittersaale des Königlichen Schlosses statt. Der Erzbischof war nebst seiner Begleitung in einer Königlichen Equipage von seiner hiesigen Wohnung abgeholt worden. Erschienen waren außer dem Oberstkämmerer, dem Oberceremonienmeister, dem diensthuenden Hofmarschall und Flügeladjutanten der Präsident des Staatsministeriums, der Hausminister, der Justizminister, der Kultusminister, der Minister des Innern, die drei Kabinetschefs, das diensthuende Hauptquartier und der Unterstaatssekretär des Kultusministeriums. Die Vorstellung des Erzbischofs erfolgte durch den Kultusminister. Darauf hielt der Erzbischof eine Ansprache an den Kaiser, in der er seinen innigsten Dank für die kaiserliche Huld aussprach und des weiten und schwierigen Arbeitsfeldes in der Kölner Erzdiözese gedachte. Er vertraue um so zuversichtlicher auf den Beistand der göttlichen Gnade, je weniger er selbst eine so hohe Auszeichnung erstrebt habe. Er gelobe, wie bisher, so auch fürderhin ein treu katholischer Bischof und zugleich ein treu patriotischer Bischof zu sein, der niemandem nachstehen möchte an Treue und liebevoller Ergebenheit gegen die Person des Kaisers und an thatkräftigem Interesse für die Wohlfahrt und Größe des theuren Vaterlandes. Nunmehr leistete der Erzbischof den Eid. Nach Beendigung der Feierlichkeit fand beim Kaiser eine Frühstückstafel statt, zu der außer dem Erzbischof auch die bei dem Akte der Eidesleistung in Funktion gewesenen Würdenträger und Zeugen geladen waren.

Das Befinden Dr. Lieber's hat sich heute nicht wesentlich gebessert, so daß der Zustand noch immer hoffnungslos ist; doch ist der Kranke bei vollem Bewußtsein. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und Präsident Graf Ballestrem lassen sich täglich nach dem Befinden Dr. Lieber's erkundigen. Der Papst sandte durch den Kardinal Rampolla an Dr. Lieber folgendes Telegramm:

„Der Heilige Vater, tief betrübt über die Nachrichten von Ihrer Krankheit, sendet Ihnen als Unterpfand seiner väterlichen Liebe seinen besonderen Segen."

Dr. Lieber antwortete:

„Der Abgeordnete Lieber empfing soeben mit innigstem Danke das Unterpfand der väterlichen Liebe, daß Seine Heiligkeit ihm ihren väterlichen Segen gegeben hat."

Der Bundesrath überwies heute die Vorlage, betr. die Entwürfe von Bestimmungen über die Vornahme einer Volkszählung, die land- und forstwirthschaftlichen Aufnahmen und die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1900 den zuständigen Ausschüssen, ebenso die Vorlage betr. einen Gesetzentwurf über militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiete. Den Ausschußberichten über die Vorlage betr. die Verleihung von Korporationsrechten an die Neu-Guinea-Compagnie und über einen Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen ausnahmsweiser Berechnung der Pensionen von Landesbeamten während der Durchführung des Dienstalterstufensystems wurde die Zustimmung ertheilt.

Der Landtagsabgeordnete Nohde (kons.) ist heute nachmittag hier gestorben.

Ein blutiges Duell unter sehr schweren Bedingungen fand am Mittwoch vormittag in der Zehlendorfer Forst, unmittelbar am Nicolassee, statt. Die Gegner waren ein Zeuge des Harmlosen-Prozeß, Leutnant v. R. und der Rittergutsbesitzer Erich v. H., Offizier der Reserve. Leutnant v. R. soll schwer verwundet sein. Die Veranlassung zu dem Duell soll in einer Bemerkung liegen, die Rittergutsbesitzer v. H. über angebliche intimere Beziehungen v. Rs zu dem Falschspieler Wolff gemacht hatte. Ueberdies soll v. R. zu der Frau von H. in unerlaubten Beziehungen gestanden haben; seit einiger Zeit schwebt demzufolge eine Ehescheidungsklage.

In Osnabrück wurden bei einem Baueinsturz vier Arbeiter verletzt, drei davon schwer.

Die Kriminalpolizei in Mainz verhaftete zwei gefährliche, von der Staatsanwaltschaft gesuchte Falschspieler aus besserer Gesellschaft.

London, 8. Febr. Unterhaus. Parlamentssekretär des Kriegsamts Wyndham stellt fest, daß 2283 Offiziere und Soldaten seit Beginn des Krieges vermißt worden. Die Regierung wisse nicht genau, wie viele davon sich als Gefangene in Prätoria befinden. „Was meine Mittheilung anbetrifft," führt Wyndham fort, „die ich in meiner jüngsten Rede machte, daß in drei Wochen sich 180,000 Mann in Südafrika befinden werden, so setzen diese in runden Ziffern folgendermaßen zusammen: Die regulären Truppen 126,000 Mann, von der Flotte 1000, von der Miliz 9000, Yeomanry 5000, Freiwillige 10,000, koloniale Truppen 26,000 Mann. Seitdem ich diese Ziffer dem Hause mittheilte, wurde beschlossen, weitere 17 Bataillone der Miliz und noch weitere 2000 Mann der Yeomanry nach Südafrika zu senden, wodurch die Gesammtzahl der Militärtruppen auf mehr als 20,000, die Gesammtzahl der Truppen der Yeomanry auf 8000 und die Gesammtzahl sämmtlicher Streitkräfte auf 194,000 Mann gebracht wird. (Beifall.) Ich muß allerdings für diejenigen, die mit den Bedingungen der Kriegführung nicht vertraut sind, hinzufügen, daß von der Gesammtzahl der abgesandten Truppen eine bedeutende Zahl in Abrechnung gebracht werden muß, um zu der Ziffer der im Felde wirklich verfügbaren Streitkräfte zu gelangen. Von der eben mitgetheilten Aufstellung habe ich die Todten, Verwundeten und Vermißten abgerechnet."

Unterstaatssekretär des Aeußern, Brodrick, erklärt, in der Zusatzkonvention zum Clayton-Bulwer-Vertrage, welche am 5. d. Mts. in Washington unterzeichnet wurde, und welche er hier auf den Tisch des Hauses niederlege, sei von Kompensationen nicht die Rede gewesen. Die Vortheile der früheren Konvention bezüglich der Neutralität des Kanals und des Schutzes des Handels seien völlig aufrecht erhalten worden. Weiter erklärt Brodrick, 6 Maximgeschütze seien unter Zustimmung Lord Cromer's und des Sirdars von Aegypten für die Truppen in Südafrika abgegangen, dieselben würden aus England ersetzt werden. Der deutsche Dampfer „Herzog" sei unter dem Verdacht, Kontrebande zu führen, angehalten, und nach Durban gebracht, auf Befehl der britischen Regierung aber wieder freigegeben worden, da eine summarische Durchsuchung weder Kanonen, noch Munition zu Tage gefördert habe und seitens der deutschen Regierung befriedigende Zusicherungen bezüglich der betreffenden Dampfschifffahrts-Gesellschaft gegeben worden seien. Bei der Ankunft des Dampfers in Lourenço Marquez sei in der Ladung keine Kontrebande gefunden worden. Die Thatsache, daß Mitglieder des Ambulanzcorps Revolver trugen, sei kein Grund, ihnen ihre Eigenschaft als Nichtkombattanten abzusprechen, da auch die Offiziere im Ambulanzcorps der englischen Armee Degen und gelegentlich auch Revolver führen.

Wien, 8. Febr. [Von einem Privatkorrespondenten.] Wie die „Neue Freie Presse" meldet, wurde von den Reservisten, welche bei der Kontrollversammlung in Gaya mit „Öde" antworteten vom Brünner Militärgericht ein Unteroffizier wegen Meuterei zu 15 Monaten Festungshaft, ein Oberjäger wegen Insubordination zu 8 Monaten Festungshaft und 5 Reservisten zu 6 Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Wien, 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Subkomitees der böhmischen Abtheilung der Verständigungskonferenz beschäftigte man sich mit der Sprachenfrage bei den autonomen Behörden Böhmens. Nach eingehender Berathung wurde in einigen Punkten eine Annäherung der beiderseitigen Anschauungen erzielt und die Erörterung über mehrere bisher noch offen gebliebene Fragen der nächsten, am Montag vormittag stattfindenden Sitzung vorbehalten.

Paris, 8. Febr. Minister Delcassé schrieb an den Deputirten für Oran, Firmin Faure, er könne dessen Anfrage bezüglich einer etwaigen Intervention Italiens in dem Konflikt zwischen England und den südafrikanischen Republiken nicht annehmen.

Sofia, 8. Febr. In den Donaugegenden von Silistar und Mikropolis sind zahlreiche Dörfer überschwemmt. Das Hochwasser steht 8 Meter über dem Normalstand.

Huelva, 8. Febr. Ein von Rio Tinto kommender Eisenbahnzug entgleiste auf der Fahrt hierher; drei Bahnbeamte wurden getödtet, mehrere Reisende erlitten Verletzungen.

Kalkutta, 8. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] Der Oberbefehlshaber der Truppen in Indien Sir William Lockhart ist ernstlich erkrankt. Dieser Umstand verursacht große Besorgniß, da Lockhart voraussichtlich gezwungen ist, Indien zu verlassen.

Peking, 8. Febr. [Meldung des Reuter'schen Bureaus.] Gestern ist ein Edikt erlassen worden, durch welches angeordnet wird, daß für die Prüfungen zu den Staatsämtern die alten Studien gemäß den Lehren des Konfutsius wieder aufgenommen, dagegen die neuen entarteten, irrigen Studiengegenstände abgeschafft werden sollen. Ferner werden für die neuen Lehren Strafen angedroht. Dieses Edikt wird als offene Feindseligkeit gegen die gesammte Wissenschaft des Westens angesehen. Es würde nicht überraschen, wenn die seit einiger Zeit in Erwägung stehende Schließung der hiesigen neuen Universität wirklich erfolgen sollte.

New York, 8. Febr. Der bekannte Schachspieler Steinitz wurde der Bellevue-Irrenanstalt zur Beobachtung übergeben.

Der Kohlenarbeiterstreik in Oesterreich.

Leoben, 8. Febr. Die Bergwerksdirektion in Seegraben beantwortete heute die Forderungen der Bergarbeiter und machte zugeständnisse betreffend die Erhöhung der Schichtlöhne und den freien Brennstoff, lehnte aber die übrigen Forderungen ab, namentlich betreffend die Minimallöhne und die achtstündige Arbeitszeit.

Trovpau, 8. Febr. In heute stattgehabten Versammlungen der Bergarbeiter wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Bergarbeiter sich mit dem Vorgehen der Delegirten bei dem Einigungsamte einverstanden und mit ihnen solidarisch erklären. Die Erklärung der Regierung wurde für die Beendigung des Streiks als ungeeignet bezeichnet, da gefordert werde, daß die Arbeiter ihre wichtigste Forderung gegen ein unsicheres Versprechen aufgeben sollen. Die Arbeiter bestanden auf dem Achtstundentag und würden sich durch keine anderen Zugeständnisse verleiten lassen, diese Forderung aufzugeben.

Teplitz, 9. Febr. Die Situation im hiesigen Revier hat sich sehr verschärft. Alle Versammlungen sind verboten worden, die Erbitterung ist enorm; man hegt große Befürchtungen.

Der südafrikanische Krieg.

Während von amtlicher britischer Seite der Vormarsch Buller's als ein Erfolg geschildert wurde, stellen die Burenmeldungen ihn offen als neue Niederlage hin. Indessen läßt die gestrige Meldung des „Times" erkennen, daß der britische Vorstoß zum mindesten sehr schnell zum Stehen gebracht worden ist. Heute liegen aus dem Londoner Kriegsamt gar keine Meldungen über die neue Aktion Buller's vor, mit Ausnahme von einer, die die Verluste Buller's seit dem Beginn des zweiten Ueberschreitens des Tugela bis Dienstag nachmittag auf 2 Offiziere todt, 15 Offiziere verwundet und 216 Mann todt und verwundet beziffert. Wahrscheinlich werden dieser Verlustliste noch die üblichen Ergänzungslisten nachfolgen. Wenn aber das englische Kriegsamt im übrigen sich auch ausschweigt, so sind dafür einige private Meldungen zu verzeichnen, die wir nach dem „L. T." hier folgen lassen:

London, 8. Febr. Bestinformirte hiesige militärische Kreise behaupten, Buller's Vorposten besetzten am 5. Febr. nachts widerstandslos einen Hügel an der Nordböschung des Tugela, gegenüber einer Thalöffnung jenseits des Zwartkop (wohl den Baalkranz); am Montag vor Sonnenaufgang folgten Infanterie und leichte Artillerie den über die Schießkurt gegangenen Truppen und rückten erfolgreich vor, während auf der rechten Seite unwiderstehliches Geschützfeuer der Buren den Vormarsch brach und das Vorrücken der reitenden Artillerie, sowie das Nachbringen der schweren Geschütze verhinderte. Am Dienstag erneuerte Buller den Gesammtangriff, aber vergeblich, weil die Truppen dem Kreuzfeuer der feindlichen Artillerie bei Arnothill und Onderbroof nicht widerstehen konnten.

London, 8. Febr. Das vollständige Scheitern des Durchbruchversuchs General Buller's am vergangenen Montag und Dienstag durch die Thalebene jenseits Schiefkurt gegen Arnothill und Dewdrop wird durch ein Privattelegramm bestätigt. Das Artilleriefeuer der Buren verhinderte das Heranbringen des schweren Geschützes. Die stürmende Infanterie des rechten Flügels der Engländer mußte nach dreifachem Angriff stark decimirt zurückgehen, so daß Buller Dienstag abend den vollständigen Rückzug anzuordnen gezwungen war. Die englischen Verluste sind schwer.

London, 8. Febr. Die Engländer gestehen den Rückzug Buller's bis an das Tugela-Ufer zu, nachdem ein vernichtendes Kreuzfeuer der Artillerie der Buren auf den Brakfontein- und Onderbroof-Höhen den weiteren Vormarsch unmöglich gemacht hatte. Buller ordnete persönlich den Rückzug an. Der am Montag zurückgeworfene linke Flügel Buller's hat nur Scheinmanöver ausgeführt, um den Angriff des rechten Flügels zu verhüllen. Drei englische Brigaden und die gesammte Artillerie sind engagirt gewesen.

Wir glauben, daß diese Meldungen, wenn auch vielleicht nicht in ihrem ganzen Umfange, sich bestätigen werden. Die Oertlichkeit der neuen Schlacht ist die Ebene, in welcher von der Potgieters Drift über Dewdrop die direkteste Straße nach Ladysmith führt. Diese Straße muß aber auch ihre großen Haken haben, denn sonst hätten die Engländer doch gewiß schon in der vorigen Schlacht hier ihren Hauptstoß gemacht, statt die große Umgehungsbewegung über den Spionskop zu versuchen. In der That wird die Straße sehr bald rechts und links von gefährlichen Kopjes flankirt, und zwar rechts von den Onderbroofhöhen mit dem Doornkloof und links von den Tabanyamaberger und den Brakfonteiner Höhen, derart, daß Angreifer eine Artilleriekreuzfeuerzone durchschreiten muß, ehe er an die Infanteriehauptstellung der Buren herankommt. Hier ist augenscheinlich selbst wenn man die gestrige Meldung der „Times" als Grundlage zur Beurtheilung annimmt, der englische Angriff zum Stehen gebracht worden.

An sonstigen Meldungen liegen die folgenden vor:

London, 8. Febr. Aus dem britischen Lager bei Sterkstroom wird unterm 7. Februar gemeldet: Die Buren haben die britischen Stellungen bei Penhoek und Birds River angegriffen. Der Angriff war jedoch nur ein Scheinangriff, ihren Hauptschlag führten sie am Birds River. Sie beschossen unsere Stellung mit drei Geschützen, als aber General Gatacre mit Verstärkungen herankam, zogen sie sich eilig zurück. Unsere berittene Infanterie und Kavallerie verfolgt sie. Die englischen Verluste sind gering.

In einer Korrespondenz der „Daily News" aus Ladysmith vom 3. Febr. wird berichtet, daß man von Ladysmith aus zwischen einer Menge von Burenwagen, welche nordwärts zogen, eine Abtheilung in Khaki gekleideter englischer Soldaten sah, die von berittenen Buren eskortirt, zu Fuß marschirten. Alle diese englischen Soldaten waren unbewaffnet und sie zeigten keine Spur von Niedergeschlagenheit, sondern marschirten aufrecht wie Männer, die ihre Schuldigkeit gethan haben.

Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus dem Lager bei Sterkstroom von heute, welches meldet, daß eine britische Patrouille, bestehend aus einem Sergeanten und 6 Mann der Brabant-Reiterei in einem Scharmützel gestern früh gefangen genommen ist.

Modder River, 7. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] Macdonald hält die Stellung an der Koodoosberg-Drift.

Paris, 8. Febr. Die vom französischen Jugendbunde nach Transvaal gesandten Freiwilligen haben an den Vorsitzenden Georges Berry ein Dankschreiben gerichtet, worin sie mittheilen, daß sie glücklich in Prätoria angelangt und ins deutsche Corps eingestellt sind.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwet; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

(Mit Beiblatt und Unterhaltungsblatt.)